

**Sehr geehrter Herr Landrat, Damen und Herren Beigeordnete,
Mitglieder des Kreistages, sehr verehrte Gäste**

Wieder einmal ist das Kreiskrankenhaus St Franziskus in Saarburg Thema in einer Kreistagssitzung. Wieder geht es um Geld- oder genauer- um fehlendes Geld. Das Kreiskrankenhaus benötigt ein Darlehn von 7 Millionen Euro um die laufenden Zahlungen noch tätigen zu können. Der Kreis soll für diese riesige Summe eine Bürgschaft übernehmen. Was Liquiditätsengpässe des Saarburger Krankenhauses anbelangt, ist der Kreis seit Jahren Kummer gewöhnt. Es drängt sich erneut die Frage auf, wie es dazu kommen konnte (kann ?)

Einige der Gründe werden in der uns vorliegenden Resolution ausgeführt und erklärt

Mit den hier gestellten Forderungen an Land und Bund und Krankenkassen steht das Kreiskrankenhaus St. Franziskus nicht alleine, gleichlautende Resolutionen wurden bereits von vielen anderen Krankenhäusern beschossen.

Im ganzen Bundesgebiet aber besonders in Rheinland-Pfalz ist die Lage angespannt. Dem "Krankenhaus Rating Report" eines Wirtschaftsforschungsinstituts zufolge war die Zahl der insolvenzbedrohten Kliniken in Rheinland-Pfalz zuletzt von 4 Prozent auf 25 Prozent gestiegen. Der höchste Anstieg aller Bundesländer.

Bereits am 20 September fanden bundesweit Protestkundgebungen von Krankenhausmitarbeitenden statt, um auf die finanzielle Misere der Krankenhäuser und deren massive, seit Jahren bestehende Unterfinanzierung aufmerksam zu machen.

Die Schieflage der Krankenhäuser auch in der näheren Umgebung von Trier führte dazu, dass die Krankenhäuser in Gerolstein und Adenau bereits schließen mussten, fünf DRK-Kliniken befinden sich gerade in der geordneten Insolvenz. Weitere Krankenhäuser stehen auf der Kippe.

Es braucht endlich eine deutliche, finanzielle Unterstützung um das Krankenhaussterben und damit verbundene Engpässe in der Krankenhausversorgung zu bekämpfen.

Hier kann und darf sich das Land, der Bund und die Krankenkasse nicht länger ihre Verantwortung entziehen.

Die finanzielle Situation der Krankenhäuser -so auch unseres Kreiskrankenhauses ist prekär, und sie gefährdet die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. In vielen Krankenhäusern ist die Verunsicherung groß. Aus Umfragen wird ersichtlich, dass bei vielen Beschäftigten in den Krankenhäusern das Vertrauen in die Politik auf einem absoluten Tiefpunkt angekommen ist. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Bevölkerung in unserer Region wissen schlicht nicht wie es weitergeht.

Auch wenn der Gesundheitsminister davon spricht, dass seine Reform eine Existenzgarantie für ländliche Krankenhäuser ist- solange die Politik weiterhin die dramatische Situation der Krankenhäuser ignoriert und tatenlos dabei zusieht, wie eine Klinik nach der anderen Insolvenz anmeldet, werden viele Krankenhäuser Lauterbachs Krankenhausreform nicht mehr erleben Die Regierungen von Land und Bund riskieren viel. Besonders in ländlichen Regionen, wo der niedergelassene Sektor immer stärker wegbricht, können den Menschen nicht noch mehr Versorgungslücken zumuten werden. Gerade dort sorgen die Krankenhäuser, wie auch das Kreiskrankenhaus Saarburg mittlerweile vielfach für die ärztliche Grundversorgung.

Um diese zu abzusichern und der folgenschweren, defizitären Finanzsituation der Krankenhäuser entgegenzutreten bedarf es der auskömmlichen Finanzierung -auch unseres Kreiskrankenhauses- durch Bund und Land.

Die Umsetzung der in der vorliegenden Resolution geforderten 5 Punkte kann zu einer nachhaltigen Verbesserung der Finanzlage der Krankenhäuser in Deutschland und unseres Kreiskrankenhauses St Franziskus in Saarburg beitragen und somit auch dessen Existenz sicherstellen.

Gefordert werden unter anderem

-die Übernahme der anfallenden Investitionskosten durch die Bundesländer

-Eine höhere Refinanzierung der Betriebskosten

-Refinanzierung der Lohnkostensteigerung durch die Tarifentwicklung

-Erleichterungen, Vereinfachungen und Reduzierung vorgeschriebener administrativer Tätigkeiten, die einen zu hohen Zeitaufwand einnehmen und personelle Ressourcen binden

-Des Weiteren wird gefordert dass die zum Teil mit jahrelanger Zeitverzögerung rückwirkend geführten Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen wieder wie im Gesetz geforderten prospektiven - d.h. in die Zukunft ausgerichteten- geführt werden und so die Erstattungszahlungen der Krankenkassen wieder zeitnah erfolgen

—

Land, Bund und Krankenkassen stehen in der Pflicht und Verantwortung. Sie sollten dieser nun endlich auch nachkommen.

Meine Damen und Herren: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt der vorliegenden Resolution zu

Abschließend ist jedoch anzumerken. Sicher sind die in dieser Resolution angeführten Gründe gewichtig und tragen zu der finanziellen Misere des Kreiskrankenhauses bei. Dennoch sind sie nicht alleine für das seit Jahren entstehende Defizit im Krankenhaus Saarburg nicht verantwortlich.

Zudem ist abzuwarten ob diese Resolution nicht nur bloß zur Kenntnis genommen wird, sondern auch wirklich Taten folgen werden.

Elke Winnekes

Kreistagsfraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Es gilt das gesprochene Wort

Trier, den 09.10.2023